Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1751

21. 06. 95

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Erklärung der Bundesregierung

Aktuelle Fragen der Europapolitik, insbesondere Vorschau auf die Tagung des Europäischen Rates in Cannes am 26./27. Juni 1995

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundeskanzler wird aufgefordert, sich auf dem europäischen Gipfeltreffen in Cannes am 26./27. Juni 1995 mit Nachdruck dafür einzusetzen, daß Frankreich die angekündigten Atomwaffenversuche nicht durchführt.

Die Tests gefährden die Gesundheit der Menschen und die Umwelt. Diese Gefährdungen können nicht hingenommen werden.

Die Aufhebung des Test-Moratoriums durch ein Land birgt die Gefahr, daß sich auch andere Atomwaffenstaaten nicht mehr an ihre Moratoriumserklärungen gebunden fühlen und die Tests wieder aufnehmen. Das ist weder im europäischen noch im deutschen Interesse.

Der EU-Gipfel in Cannes, bei dem auch über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gesprochen werden soll, bietet der Bundesregierung eine gute Gelegenheit, die ablehnende Haltung Deutschlands zu den geplanten Atomwaffenversuchen zu erläutern.

Der Deutsche Bundestag fordert den Bundeskanzler auf, dafür Sorge zu tragen, daß das Thema der beabsichtigten französischen Atomwaffentests auf die Tagesordnung des EU-Gipfels gesetzt wird.

Bonn, den 21. Juni 1995

Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333